

Stand: 09.07.2026 17:46:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/1374

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2024/2025; hier: Klimaresiliente Aufforstungsinitiativen im Staatswald beibehalten! (Kap. 08 05 Tit. 891 01)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/1374 vom 25.03.2024
2. Mitteilung 19/1888 vom 19.04.2024



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Holger Gießhammer, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2024/2025;

hier: Klimaresiliente Aufforstungsinitiativen im Staatswald beibehalten!
(Kap. 08 05 Tit. 891 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 08 05 (Allgemeine Bewilligungen – Bereich Forsten) wird der Ansatz im Tit. 891 01 (Investitionszuschüsse für Aufforstungsmaßnahmen zur Stärkung der Klima-Funktionen des Staatswaldes) für das Jahr 2025 von 0 Euro um 5.000,0 Tsd. Euro auf 5.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Der Freistaat hat mit dem 30-Millionen-Bäume-Programm bis 2025 im Rahmen der Bayerischen Klimaoffensive einen wichtigen Beitrag für die Artenvielfalt, die Luftreinhaltung, den Wasserhaushalt und den Klimaschutz geleistet. Umso fataler wäre es, diese wertvolle Zukunftsinvestition Ende 2024 auslaufen zu lassen, insbesondere hinsichtlich des schlechten Zustandes der bayerischen Wälder durch die zunehmenden Belastungen durch Hitze und Trockenheit. Der klimawandelresistente Waldumbau muss mit aller Kraft vorangebracht werden.



Mitteilung

Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)

Drs. 19/1374

Haushaltsplan 2024/2025;

**hier: Klimaresiliente Aufforstungsinitiativen im Staatswald beibehalten!
(Kap. 08 05 Tit. 891 01)**

Der Änderungsantrag mit der Drucksachennummer 19/1374 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt